Ich komme zum Schluß, wir stehen nach wie vor vor weiteren Herausforderungen für Anpassung, Modernisierung und wirtschaftlichen Wandel. Dies wird nur gesellschaftlich und politisch gelingen, und damit letzten Endes auch ökonomisch, wenn der Wandlungsprozeß nicht zu einem eiskalten Gegeneinander, zu einem Kampf bis aufs Messer führt, sondern, wenn wirtschaftlicher Wandel begleitet ist von Solidarität, von Miteinander innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft, innerhalb Deutschlands insgesamt. Ich glaube, daß wir sehr bald auch feststellen werden, daß der Wandlungsprozeß, die Herausforderung von Modernisierung in Ostdeutschland wie in Westdeutschland, ganz ähnliche Probleme stellen wird, und daß auch die gesellschaftliche Vereinigung in diesem Sinne voranschreiten wird.

Wir haben bewußt für dieses Abschlußpodium den Damen und Herren, die hier als Referenten eingeladen worden sind, keine Vorgaben gemacht, sondern wir haben sie gebeten, aus ihrer Sicht darzustellen, wo sie die Probleme sehen, wo sie auch die Chancen sehen, und was sie für die nächsten Jahre für besonders dringlich halten.

Ich begrüße als erste Frau Rosemarie Keller, die Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, Bezirk Süd-Ost aus Chemnitz. Ich begrüße ganz zu meiner linken Herrn Professor Maier von der Universität Bayreuth. Ich begrüße Herrn Dr. Lubk vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. Herr Dr. Schmachtenberg vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg hat sich verspätet, wir hoffen, daß er in Bälde zu uns stoßen wird, und ich begrüße Herrn Professor Schmidt, den Rektor der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida. Ich möchte Sie bitten, Frau Keller, als erste das Wort zu nehmen.

Rosemarie Keller: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin vorgestellt worden als die Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil Bekleidung im Bezirk Süd-Ost. Wenn ich mich hier so umschaue, dann komme ich mir im Prinzip so vor, wie in einer Gewerkschaftsversammlung, wo nämlich allenthalben an allen Ecken und in allen Räumen geschimpft wird, aber wenn es ans Verändern geht, sieht man halt weniger Leute. Vielleicht liegt das auch daran, daß wir viel zu viel über die Probleme diskutieren, sie zerreden, anstatt aus der Diskussion heraus, konkrete Wege aufzuzeigen, wie die Situation zu ändern ist.

Seit Beginn der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sind nunmehr sechs Jahre vergangen, und in diesen sechs Jahren ist ein riesengroßes Stück Arbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie Ostdeutschlands und innerhalb der Gewerkschaften geleistet worden. Um diese Arbeit aber richtig einordnen zu können, muß man wissen, daß in der Textil- und Bekleidungsindustrie der Privatisierungs- und Reprivatisierungsprozeß in einem tiefgreifenden und dynamischen Strukturwandel eingebettet war. Der Freistaat Sachsen, der Freistaat Thüringen und das Land Brandenburg mit ihren ehemals stark von der Textil- und Bekleidungsindustrie geprägten Regionen sind besonders typische Beispiele der schmerzhaften Anpassung.

Ich darf hier noch einmal die Zahlen nennen. Insgesamt wurden innerhalb von fünf Jahren 92 % der ehemaligen Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet. Von ehemals rund 330.000 Beschäftigten sind Ende 1996 gerade mal 21.600 Arbeitnehmer in 330 Klein- und Mittelständischen Unternehmen übriggeblieben. Über 300.000 Arbeitnehmer, von denen fast 80 % Frauen waren, haben ihren Arbeitsplatz verloren. Verantwortlich für diesen wirtschaftlichen Kollaps in der Textil- und Bekleidungsindustrie waren sicher viele Gründe, von denen ich nur einige wenige hier noch einmal nennen möchte, die allerdings für Kettenwirkung gesorgt haben.

Mit der Währungsunion brach der Ostmarkt völlig zusammen. Hier vor allem der Markt der RGW-Länder, ein Warenaustausch im Konsumgüterbereich war de facto nicht mehr möglich, und durch die nahezu vollständige Hinwendung der einheimischen Bevölkerung zu Produkten aus alten Bundesländern und Westeuropa ging der Binnenmarkt ebenfalls in die Brüche. Vor der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war der westeuropäische Markt ein Eldorado für den Handel von Ostprodukten zu extrem niedrigen Preisen. Mit den nunmehr in DM zu rechnenden Kosten und daraus resultierenden höheren Preisen wollten die früheren Hauptabnehmer unsere Produkte nicht mehr nehmen. Das Billigimage, das unseren Waren ungerechtfertigter Weise anhing, bewirkte ein übriges. Ich denke, es wäre zu einfach, alle derzeitigen Probleme in der Wirtschaftspolitik der neuen Bundesländer den Folgen der SED-Diktatur zuzuschreiben. Transformationsprozeß kann nur als demokratischer Prozeß fungieren.

Die Treuhandpolitik stülpte allerdings Maßnahmen über, Sozialpartner wurden zwar gehört, aber ihre Meinung kaum beachtet. Der nach unserer Meinung schwerwiegendste politische Fehler, auf den wir als Gewerkschaften von Anfang an aufmerksam machten, und dessen Auswirkungen heute noch nach sechs Jahren deutlich sichtbar sind, war die Festlegung der Treuhandpolitik, die Betriebe unsaniert zu privatisieren. Die Betriebe unserer Branchen waren in Folge des hohen Verschleißes nicht mehr wettbewerbsfähig. Die privatisierten Betriebe wurden unsaniert auf den Markt entlassen. Dieser entscheidende Wettbewerbsnachteil brachte nach anderen Widrigkeiten nach längerem oder kürzerem Kampf, das Ende für viele Unternehmen und bringt es heute noch. Viel zu oft erhielten darüber hinaus spekulierende Käufer, die nicht an der Produktion, sondern an den Immobilien interessiert waren, den Zuschlag. Potentielle Käufer aus den neuen Bundesländern wurden dagegen auf Herz und Nieren geprüft, viel umfangreicher als westliche Interessenten auf ihre Fähigkeiten und vor allem auf ihre Kreditwürdigkeit geprüft. Ich habe an anderer Stelle einmal gesagt, ein westdeutscher Investor braucht nur in eine Bank zu gehen und „Grüß Gott“ zu sagen, und da hat er im Prinzip schon den Kredit halb in der Tasche.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Hemmnis für die Weiterführung von Betrieben waren die oft ungeklärten Eigentumsverhältnisse. Und trotz des sozialen Dialoges, der fast ausschließlich von den Gewerkschaften ausging, aber

zu einem Teil auch von Arbeitgebern und deren Verbänden unterstützt wurde, müssen wir auch heute immer noch feststellen, daß die Relationen zwischen politischer Unterstützung unserer Frauen in den sieben Branchen unter Männerdomänen wie Kohleförderung, Stahlerzeugung oder auch Chemie nicht stimmen. Neben den Problemen der Altschulden, der Altlasten im Umweltbereich und den fehlenden Investoren für diese Branchen oder für unsere Branchen waren dies wohl die am meisten zu nennenden Hindernisse.

Um Motivation in diesen Branchen wird und muß täglich neu gerungen werden und das vor allen Dingen deshalb, weil die ungeheure Arbeit, die tagtäglich geleistet wird, nicht immer eine erfolgreiche Arbeit ist, und man sich schon manchmal die Frage stellen muß, wo die Motivation eigentlich noch herkommen soll. Aber im Wissen darum, daß Resignation nichts verändert, haben wir gemeinsam zwar jede Menge Probleme, aber wir sehen sie im positiven Bemühen um Lösungen. So haben die vielen Aktivitäten von 1993 bis heute schon ihren großen Anteil daran, daß ein Pilotvorhaben des Bundesministeriums für Wirtschaft, nämlich Absatzförderung für die ostdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie, entstand. Wir glauben aber, daß die Betriebe für eine überschaubare Zeit immer noch Hilfe zur Selbsthilfe brauchen. Wir sind uns deshalb auch mit den Arbeitgebern einig, auch für 1997 gemeinsam wirtschaftspolitische Forderungen zu erheben, die vor allem heißen: Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für den Industriestandort Deutschland, Erreichen fairer Wettbewerbsbedingungen für die Textil- und Bekleidungsindustrie in der EU und in der Weltwirtschaft und spezielle Forderungen für die ostdeutsche Industrie, wie z. B. Fortsetzung der Wirtschaftsförderung Ost, stärkere Beteiligung ostdeutscher Unternehmen an der Realisierung öffentlicher Aufträge und nicht zuletzt Zurückfahren der schon eingeführten oder vorgesehenen Gebühren für Abwasser- und Energieträger.

Das bisherige Wachstum der genannten Branchen reicht nach unserem Verständnis nicht aus, um die industrielle Entwicklung zu stützen oder etwa die Finanzierung von Bundes- und Landesebene heute schon kürzen zu können. Der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz erreicht in den neuen Bundesländern noch nicht einmal die Hälfte des Wertes, den er im Westen für moderne Arbeitsplätze notwendig ist. Dazu kommt, daß die betriebliche Bestandspflege noch immer das Stiefkind der Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern ist. Wenn die Länder eingeschaltet werden, wenn Wirtschaftsministerien helfen und Banken Kredite geben sollen, dann ist es in der Regel schon viel zu spät, um die Probleme noch grundsätzlich bearbeiten zu können.

Wir meinen, daß über die konkreten betrieblichen Probleme z. B. die Betriebsräte sowie die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben häufig viel besser Bescheid wissen, als teure Berater. Es muß nach unserer Meinung deshalb möglich sein, durch branchen- und regionalbezogene Arbeitskreise dieses Wissen und die Entwicklungsaufgaben aus den Betrieben herauszuholen. Wird das vernachlässigt, fallen staatliche Unterstützungsmaßnahmen weg oder lassen sie nach, dann wird der Aufholprozeß in der ostdeutschen Wirtschaft nach unse-

rem Dafürhalten abrupt abgebrochen, Ostdeutschland würde zum Armenhaus der Republik verkommen. Wenn wir davon ausgehen, Sie haben diese Zahlen sicher in den letzten zwei Tagen mehrfach beraten, daß wir Ende Februar eine Arbeitslosenzahl von rund 4,7 Mio. haben, und das ist noch nicht einmal der exakte Stand, daß ab 1. April das voraussichtliche Inkrafttreten des neuen Arbeitsförderungsgesetzes für weitere Einschnitte sorgen wird, dann können wir uns vorstellen, daß diese Politik der Leistungskürzung und des Sozialabbaus nicht so weitergefahren werden darf. Wir werden als Gewerkschaft diese Politik weiter bekämpfen, weil wir der Meinung sind, daß sie nicht beschäftigungswirksam, sondern kraftmindernd ist und die gesellschaftliche Spaltung vertieft. Solche Vorschläge, wie Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Teilbesteuerung von Lebensversicherungen und Renten, Wegfall der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge, um hier nur einige zu nennen, sind nach unserem Dafürhalten Konfliktpunkte, die auch gerade das Klientel der Gewerkschaft Textil- und Bekleidung betreffen und treffen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, das Dresdner Manifest für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einmal in Ihren Blickpunkt zu rücken. Dort wird eindeutig gesagt, daß eine Politik gebraucht wird, die den Menschen als soziales Wesen in den Mittelpunkt des Handelns stellt. Mehr möchte ich aus diesem Manifest hier nicht vortragen, weil ich denke, daß dies auch in der Presse nachzulesen ist.

Wir fordern eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich völlig neu orientiert und Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eng verzahnt. Wir machen aber nicht nur die Forderung auf, sondern wir wollen gern daran mithelfen und sind bereit, uns hier stark zu engagieren. Die Betriebe, das wissen wir, und das möchte ich hier noch einmal in den Mittelpunkt stellen, tragen für eine aktive Beschäftigungspolitik und den Abbau der Arbeitslosigkeit allerdings zuerst die Verantwortung. Aber Maßnahmen zur Produkt- und Prozeßinnovation, zur Markterschließung, zur Aus- und Weiterbildung der Belegschaften sowie zur Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsorganisation müssen genau so wie eine stärkere Entscheidungsbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben zum Schwerpunkt werden. Wir als Gewerkschaft Textil- und Bekleidung im Bezirk Süd-Ost betreuen allein neun Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturförderung. Diese ABS-Gesellschaften sind zu einer solchen regionalen Kooperation bereit und wollen nicht nur Auffangbecken sein.

Allerdings ist das in der gegenwärtigen Zeit immer noch wichtig. Die Situation in der Textil- und Bekleidungsindustrie trifft, wenn auch nicht im gleichen drastischen Maße und der kurzen Zeitspanne, auch auf die anderen Länder der EU zu, und sie hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf ostdeutsche Nachbarn.

Wir halten es deshalb für richtig und wichtig, auf europäischer Ebene zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel Erfahrungen auszutauschen und den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu pflegen und weiterzuentwickeln. Wir

sind dafür, die gemeinsamen Probleme aufzugreifen und an deren Lösung gemeinschaftlich zu arbeiten, wie z. B. beim Kampf um faire Wettbewerbsbedingungen mit der Verankerung von Sozialklauseln im internationalen Handel gegen Sozial- und Ökodumping einschl. Kinderarbeit und Verletzung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten. Dabei geht es uns aber nicht, wie uns oft unterstellt wird, darum, den Globalisierungsprozeß im Welthandel aufhalten zu wollen, wir wissen sehr wohl, daß wir gegen den Weltmarkt keine Mauer errichten können, aber richtig kann doch eigentlich nur sein, durch gemeinsame Projekte eine gemeinsame, beiden Seiten nutzbringende Wirtschaftsbeziehung aufzubauen.

Heute leben in Deutschland viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Wohlstand, der für frühere Generationen unvorstellbar war, aber zugleich erfahren immer mehr Menschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten.

Auf einem Beschäftigungsgipfel im April 1997 in Berlin wollen wir als Gewerkschaften gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Arbeitgeberverbänden, aus Kirchen, den Frauen-, Jugend-, Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aus den Kommunen sowie aus der Wissenschaft und den Medien wirksame Ansatzpunkte für eine Beschäftigungspolitik, die den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit Rechnung trägt, zusammentragen und sie hinsichtlich der möglichen Umsetzbarkeit diskutieren und dann natürlich nach Möglichkeit auch umsetzen.

Ich erlaube mir, abschließend den Wunsch zu äußern, daß die Erkenntnisse der vergangenen zweieinhalb Tage nicht nur theoretische Aufarbeitung einer vergangenen Epoche und der Zwischenbilanz Aufbau Ost bleiben, sondern zu einem zukunftsfähigen Konzept zur Lösung der dringendsten Probleme in unserem Lande beitragen mögen. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank Frau Keller, wir möchten die Diskussion im Anschluß an die Podiumsrunde führen, und ich darf deswegen jetzt Herrn Professor Maier bitten, seinen Beitrag zu liefern.

Prof. Dr. Jörg Maier: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren, zunächst einmal meinen herzlichen Dank, daß Sie mich zu dieser Veranstaltung eingeladen haben. Ich denke, wenn ich das Programm richtig gelesen habe, ist mein Part darin bestehend, auf die regionalwirtschaftliche Seite Bezug zu nehmen und vielleicht eine Antwort auf die Frage zu geben, wo gibt es besonders dynamische Bereiche, wo gibt es besondere Problemräume innerhalb der neuen Bundesländer? Das ist ja ein Thema, das Sie immer wieder angesprochen haben.

Was ist der Anlaß, daß jemand aus einer süddeutschen Universität zu dem norddeutschen bzw. mitteldeutschen Raum referiert? Die Antwort ist ganz einfach. Wir haben eine Vielzahl von kommunalen und regionalen Entwicklungskonzepten in Thüringen, in Sachsen und in Mecklenburg durchgeführt. Von